



AUTOR



Prof. Dr. Michael Bräuninger
Forschungsdirektor am HWWI
Tel: 040 - 34 05 76 - 330

NETZRÜCKKAUF

Risiken eines Netzurückkaufs

Die Hamburger Strom-, Gas- und Wärmenetze sind natürliche Monopole. Deshalb werden sie streng reguliert. So werden die Gebühren für die Durchleitung von den Energieerzeugern zu den Verbrauchern von der Regulierungsbehörde festgelegt. Deshalb werden sich die Energiepreise auch nicht ändern, wenn die Netze im öffentlichen Besitz sind. Auch sind die Preissteigerungen in den letzten Jahren nicht auf den Netzbetrieb zurückzuführen. Vielmehr resultieren diese aus den steigenden Kosten für Energierohstoffe und vor allem aus der Förderung der erneuerbaren Energien. Die Regulierung bezieht sich aber nicht nur auf die Preise, sondern auch auf den Betrieb der Netze. So muss Strom aus Kernenergie genauso durchgeleitet werden wie der aus erneuerbaren Energien. Insofern gibt es auch wenige Möglichkeiten, durch eine Rekommunalisierung des Netzes die erneuerbaren Energien zu fördern.

Im Rahmen der Regulierung wird angestrebt, dem Netzbetreiber eine angemessene Rendite zu sichern. Zugleich soll der Netzbetreiber Anreize haben, die Kosten gering zu halten. Kurzfristig kann er damit die Rendite verbessern, langfristig sichert dies Effizienz. So soll der Netzbetrieb zum für den Verbraucher günstigsten Preis sichergestellt werden. Wenn die Befürworter des Netzurückkaufs die Sicherung von Arbeitsplätzen als Argument für ein öffentliches Netz anführen, stellen sie eben diesen effizienten und kostengünstigen Betrieb in Frage. In der Vergangenheit hat das Argument der Sicherung von Arbeitsplätzen in öffentlichen Unternehmen mal dazu geführt, dass Heizer auf Elektroloks mitfuhren. Dies ist das Gegenteil von Effi-

zienz und nur möglich, wenn ein öffentlich betriebenes Monopol alle Kosten überwälzen kann. Auch wenn solche Auswüchse zumindest kurzfristig nicht zu befürchten sind, besteht bei öffentlichen Unternehmen immer die Gefahr, dass diesen andere Aufgaben übertragen werden als es ihr eigentlicher Zweck ist. Damit wird die Finanzierung dieser Aufgaben mindestens intransparent und zum Teil auch fragwürdig.

In den nächsten Jahren sind im Zuge der Energiewende erhebliche Investitionen notwendig. So müssen intelligente Zähler und Speicher eingebaut werden, damit Anreize bestehen, den Stromverbrauch zeitlich besser zu steuern. Es ist zurzeit noch offen, wer diese Investitionen durchführt, wer darüber entscheidet und wer diese finanziert. Vieles spricht dafür, dass hier auf die Betreiber der Verteilnetze erhebliche Aufgaben zukommen. Diese beeinflussen deren Liquidität und Rentabilität. Gegebenenfalls sind größere Netze oder Zusammenschlüsse sinnvoll. Private Unternehmen können übernommen werden oder sich zusammenschließen, wenn dies betriebswirtschaftlich sinnvoll ist. Wie aber soll das bei Netzen im öffentlichen Besitz erfolgen? Darf ein öffentliches Netz mit einem anderen öffentlichen Netz fusionieren, oder auch mit einem privat betriebenen Netz? Wer entscheidet darüber? Vieles spricht dafür, dass hier sinnvolle Anpassungen bei Netzen im öffentlichen Besitz unterbleiben.

Zurzeit wird eine Vielzahl von Verteilnetzen durch Stadtwerke betrieben. Dabei sind die in öffentlicher Hand befindlichen Netze in der Regel nicht besser und nicht

schlechter als die im privaten Besitz. Tatsächlich greift ja die Regulierung auch in beide Netze im gleichen Maße ein. Die in öffentlicher Hand befindlichen Stadtwerke werden als unabhängige Unternehmen geführt, die einer eigenen Erfolgskontrolle unterliegen. Sollten sie ineffizient arbeiten, so droht ihnen die Privatisierung. Insofern werden sie sich einer unangemes-

senen politischen Einflussnahme erwehren und effizient arbeiten. Dies könnte aber bei einem Rückkauf der Netze völlig anders sein. Sollten die Hamburger Netze rekommunalisiert werden, so ist es praktisch ausgeschlossen, dass diese in den nächsten Jahren wieder privatisiert werden. Damit werden die oben beschriebenen Risiken virulent.

In der Summe gilt also: Durch eine Rekommunalisierung des Netzes gibt es kaum etwas zu gewinnen. Die Risiken, die sich daraus ergeben, sind aber erheblich.

Dieser Artikel erschien im Wirtschaftsrat-Mitgliedermagazin der Landesverbände Hamburg und Schleswig-Holstein, Ausgabe September 2013.